

## Wahl des Bundespräsidenten

# Die Union wird einen eigenen Kandidaten vorschlagen

Über die erste Bundesvorstandssitzung nach der parlamentarischen Sommerpause unter Vorsitz des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, berichtete Generalsekretär Peter Hintze am 30. August auf einer Pressekonferenz im Bonner Konrad-Adenauer-Haus:

### Erstes Thema: UNO

Nach Auffassung des CDU-Bundesvorstands hängen Ansehen und Würde Deutschlands davon ab, ob wir bereit sind, unsere politische und moralische Pflicht im Rahmen der Vereinten Nationen zu tun. Die SPD-Verweigerungshaltung ist inakzeptabel.

Der CDU-Vorstand hat noch einmal unterstrichen, daß wir weiterhin das Gespräch mit der SPD suchen, um eine klarstellende Ergänzung im Grundgesetz vorzunehmen. Ein fauler Kompromiß kommt für die Union nicht in Frage.

Die UNO-Beschlüsse der SPD sind der erste Einbruch von Rudolf Scharping auf seinem Weg zur Kandidatur in seiner Partei.

Interessant wäre — nebenbei gesprochen — wie Helmut Schmidt, der ja zu vielen Fragen, die die Öffentlichkeit beschäftigen, Stellung genommen hat, die Frage der internationalen Verantwortung Deutschlands beurteilt. Sein Schweigen ist auffällig.

(Fortsetzung Seite 2)

### HEUTE AKTUELL

#### ● Grundsatzprogramm

Unsere Leitlinien für die Zukunft Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Seite 5

#### ● Außenpolitik

Veränderte Gefahrenlage erfordert neue Definition deutscher Interessen. Seite 8

#### ● Finanzhilfen

14. Subventionsbericht ganz im Zeichen der Umschichtung von den alten in die neuen Länder. Seite 20

#### ● Sozialdemokraten

SPD blockiert Bundeswehrein-sätze. Seite 22

#### ● Ideenbörse

„Aktion des Monats“: Unsere Türen öffnen und neue Ideen und Anregungen hereinlassen. Seite 26

#### ● Öffentlichkeitsarbeit

Mitgliederwerbung jetzt beginnen! Seiten 29—32

#### ● Dokumentation

Bundesinnenminister Manfred Kanther: Die Innere Sicherheit stärken. Grüner Teil



## Zweites Thema: Europa

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Bundeskanzler hat in der Sitzung deutlich gemacht, daß für die Verwirklichung der Währungsunion in Europa die vollständige Erfüllung aller Stabilitätskriterien die unveränderbare Grundvoraussetzung ist. Der Zeitplan ist eine Vorgabe, die aber nur dann wirksam wird, wenn die Stabilitätskriterien erfüllt sind.

## Drittes Thema: Haushalt und Finanzen

Der CDU-Vorstand hat einvernehmlich festgestellt, daß Stabilität der Währung und Konsolidierung der Finanzen das oberste Ziel der jetzt anstehenden Beratungen des Bundeshaushalts 1994 sind.

Die finanzpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands und die Stabilität unserer DM sind entscheidend für die soziale Frage. Ohne Erfüllung beider Voraussetzungen werden wir weder das soziale Netz sichern noch unser Sozialsystem auf Dauer leistungsfähig halten können.

Wir haben deshalb noch einmal den Beschluß bekräftigt, daß das angestrebte Sparvolumen nicht geschmälert werden darf.

Der CDU-Vorstand sieht zwei Bereiche, in denen die Diskussion noch weitergeführt werden muß:

- Es muß überlegt werden, mit welchen Maßnahmen sicherzustellen ist, daß im kommenden Jahr Jugendliche — insbesondere in den neuen Ländern — nicht auf der Straße landen, weil kein Ausbildungsplatz für sie zur Verfügung steht.
- Die Forschungsförderung muß in einer Zeit, in der die Weltwirtschaft großen Veränderungen unterliegt, in der es um die Zukunft des Wirtschaftsstandortes

Deutschland und um die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen geht, unbedingt verstärkt werden.

## Viertes Thema: Bundespräsident

Die Union wird bei den Bundespräsidentenwahlen am 23. Mai 1994 der Bundesversammlung einen eigenen Kandidaten vorschlagen. Wir werden nach Gesprächen mit CSU und FDP einen entsprechenden personellen Vorschlag machen.

Ein Blick auf die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung macht deutlich, daß die Union zu einem solchen eigenen Vorschlag eine klare Legitimation durch die Wähler erhalten hat.

Wir sind zuversichtlich, daß unser Vorschlag eine breite Mehrheit in der Bundesversammlung finden wird.

## Fünftes Thema: Parteitag

Zum Parteitag sind etwa 1.000 Anträge aus der Mitte der Partei eingegangen.

Der Parteitag wird unter dem Leitthema „Wir sichern Deutschlands Zukunft“ stehen. Der Bundeskanzler wird am ersten Plenartag in seinem Bericht als Parteivor-sitzender das umfassende Thema „Sicherheit des Standortes Deutschland“ ansprechen. Die beiden Leitanträge — zur Bildungspolitik und zur Inneren Sicherheit — werden am zweiten Plenartag behandelt.

Am Abend des ersten Plenartages werden wir uns in vier Foren mit der Gewaltthematik in Deutschland auseinandersetzen. Das erste Forum wird sich mit den Fragen von Bildung und Erziehung beschäftigen, das zweite Forum mit jugendpolitischen Fragen, das dritte Forum mit den Medien und das vierte Forum zur Inneren Sicherheit mit Gewalt und Kriminalität.



# CDU/CSU und FDP: Klare Mehrheit in der Bundesversammlung

**Union und Freie Demokraten haben in der nächsten Bundesversammlung, die am 23. Mai nächsten Jahres in Berlin den nächsten Bundespräsidenten wählt, eine klare Mehrheit. Nach der derzeitigen Verteilung verfügen die beiden Koalitionsparteien zusammen über 735 Wahlmänner, wogegen die SPD nur auf 500 kommt.**

Die 1.324 Mitglieder zählende Bundesversammlung besteht zur Hälfte aus den 662 Bundestagsabgeordneten. Die andere Hälfte wird von den Landtagen je nach den bestehenden Fraktionsstärken gewählt.

Die derzeitige Wahlmänner-Verteilung nach Parteien sieht nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im einzelnen wie folgt aus:

- CDU/CSU: Bundestagsabgeordnete 318/von den Landtagen gewählte Mitglieder 303, insgesamt 621,
- SPD: 239/261, insgesamt 500,

- FDP: 79/35, insgesamt 114,
- PDS: 16/17, insgesamt 33,
- Bündnis 90/Grüne: 8, insgesamt 8,
- sonstige: zwei Fraktionslose/15, darunter 8 Republikaner aus dem Stuttgarter Landtag.

Bis zur Wahl wird sich die endgültige Verteilung noch leicht, aber nicht mehr entscheidend ändern: die Bürgerschaftswahl in Hamburg, das 13 Stimmen in der Bundesversammlung hat, muß noch abgewartet werden.

Außerdem wird vom Statistischen Bundesamt Anfang nächsten Jahres der Bevölkerungsschlüssel für die Bundesländer neu festgelegt. Wegen der Abwanderung in Richtung Westen werden die neuen Bundesländer einige Wahlmännerstimmen weniger erhalten.

Die vor dem 23. Mai angesetzte Landtagswahl in Niedersachsen wird an der Zusammensetzung der Bundesversammlung nichts mehr ändern.

## Rente bleibt tabu

**Zu den Meldungen über eine angeblich geplante Absenkung des Rentenniveaus erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:**

Wir haben im Jahre 1989 im Konsens eine Rentenreform zustande gebracht, die die Rentenversicherung für die Herausforderungen der Zukunft wappnet und sie auf ein solides finanzielles Fundament stellt. Für diese Rentenreform stehe ich ein; an ihr

wird nicht gerüttelt! Die Rente muß auch in Zukunft angemessener Alterslohn für Lebensarbeitsleistung sein. Deshalb bleibt die Rente tabu! Dies hat auch der Bundeskanzler mehrfach deutlich erklärt.

Hört endlich auf, durch pausenlose Diskussionen die Rentner in Angst und Schrecken zu versetzen. Die älteren Menschen haben es mehr als jede andere Generation nach zwei Weltkriegen, Diktatur und Wiederaufbau verdient, daß sie auf die Rentenversicherung vertrauen können.



# Keine Abstriche am Sparvolumen

**Die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland verläuft 1993 schwächer, als noch vor Jahresfrist abzusehen war. Dies hinterläßt Spuren im Bundeshaushalt, vor allem in Form von arbeitsmarktbedingten Mehrausgaben und von erheblichen Steuermindereinnahmen.**

Hinzu kommt, daß die Finanzierung der inneren Einheit Deutschlands von uns weiterhin große Anstrengungen und auch persönliche Opfer erfordert. Mit ihrem Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm schlägt die Bundesregierung einen zwingend notwendigen Weg ein, der ohne Alternative ist. Es geht um den Erhalt der Finanzierbarkeit der staatlichen Sozialausgaben, um den Qualitätserhalt des Wirtschaftsstandortes Deutschland und um die Stabilität der Mark.

An einer spürbaren Begrenzung der Ausgaben führt kein Weg vorbei. Davon können die Sozialausgaben nicht ausgenommen werden. Andernfalls stiege die Nettokreditaufnahme des Bundes auf eine nicht mehr vertretbare Höhe. Was wir tun, das müssen andere Länder — im übrigen ohne Wiedervereinigung — um uns herum ebenfalls auf sich nehmen: Schweden führt Karenztage ein, kürzt die Pensionen, kürzt das Wohngeld. Dänemark baut sein öffentliches Personal um 2,7 Prozent ab, spart bei Subventionen und Transfers. Auch die Niederlande haben ein Sparvolumen von 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts durchgesetzt.

Das Sparkonzept der Bundesregierung ist sozial vertretbar und ausgeglichen. Wir dürfen nicht vergessen: Was verteilt wird,

muß erst erwirtschaftet werden. Die sogenannten Besserverdienenden tragen durch ihr Steueraufkommen kräftig dazu bei, daß soziale Leistungen in dieser Höhe bei uns bisher gewährt werden konnten. 25 Prozent der Steuerzahler finanzieren über 50 Prozent dessen, was geleistet wird. Dabei haben wir in Deutschland mittlerweile mit die höchsten Steuersätze in der Welt.

Deshalb sind höhere Steuern genau wie mehr Schulden keine Alternative.

Wir müssen auch sehen, daß die Sozialhilfesätze in den letzten zehn Jahren um etwa 60 Prozent gestiegen sind, die Netto-

## Von Bundesminister Friedrich Bohl

löhne jedoch nur um 37 Prozent. Die von der Bundesregierung beschlossene Kürzung von 15 Milliarden Mark hat bei einem Sozialbudget von 1000 Milliarden Mark mit sozialem Kahlschlag in Deutschland deshalb gar nichts zu tun.

Entscheidend ist, daß die Gewichte zwischen Neuverschuldung und Sparanstrengung, zwischen Löhnen und Sozialleistungen, zwischen Staatsaktivität und Eigenverantwortung stimmen. Diese Mitte bleibt mit den Beschlüssen der Bundesregierung gewahrt. Die Deutsche Bundesbank hat darauf bereits mit positiven Entscheidungen (Zinssenkungen) reagiert. Abstriche am Sparvolumen wird es daher auch nicht geben. Wer einzelne Elemente kritisiert, muß im gleichen Atemzug konkrete Alternativen nennen.

**„Entschieden handeln in finanzpolitisch schwierigen Zeiten.“ — Unter diesem Titel ist im grünen Teil des UID 24/1993 das Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm der CDU vorgestellt worden.**



# Unsere Leitlinien für die Zukunft Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

## Zum Stand der Grundsatzprogramm Diskussion erklärte der Parlamentarische Staatssekretär und Vorsitzende der Kommission, Reinhard Göhner:

Angesichts des vielfältigen Wandels und der Umbrüche auf nahezu allen Feldern der Politik wird zu Recht vielfach eine Grundsatzdebatte über Ziele und Aufgaben einer Politik für morgen gefordert.

Wir in der CDU führen diese Grundsatzdebatte: Wir diskutieren auf allen Ebenen und in allen Gliederungen der Partei intensiv über die Veränderungen für das wiedervereinigte Deutschland und für unsere Politik in Europa und der Welt.

Der Rahmen ist die Erarbeitung unseres neuen Grundsatzprogramms. Mit dem Programmwurf und der dadurch angelegten Diskussion entwickeln wir unsere Leitlinien für die Zukunft Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

Die Grundsatzprogramm-Kommission überarbeitet derzeit den im Januar vorgelegten Entwurf und berücksichtigt dabei die zahlreichen Stellungnahmen und Diskussionsergebnisse. Es wird eine Reihe von Änderungen gegenüber dem bisherigen Entwurf geben, um den Text zu straffen und die wesentlichen Kernbotschaften des neuen Grundsatzprogrammes hervorzuheben.

Die Veränderungen unserer Zeit wollen wir auf bewährten Grundlagen gestalten.

Die Grundsatzprogramm-Kommission

hat deshalb beschlossen, die Kontinuität zum bisherigen Grundsatzprogramm im Grundlagenteil — die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit und das christliche Verständnis vom Menschen — deutlich herauszustellen. Angesichts des Wertewandels und eines vielfach anzutreffenden einseitigen Freiheitsverständnisses, das zu überzogenem Individualismus und Egoismus geführt hat,

**Mit ihrer aktuellen Grundsatzdebatte erweist sich die CDU als moderne Programmpartei Deutschlands.**

brauchen wir eine neue Grundsatzdebatte über die geistigen Grundlagen unserer Gesellschaft.

Die CDU erachtet es dabei als ihre besondere Selbstverpflichtung, für die christlichen Wertgrundlagen unseres Landes einzutreten. Unser christliches Verständnis vom Menschen ist das einer freien und verantwortlichen Person, was sowohl die Freiheitsrechte des einzelnen als auch seine Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft mit einschließt. Dies unterscheidet uns von sozialistischem, nationalistischem und liberalistischem Denken.

Wir stehen in Deutschland und Europa am Beginn einer neuen Epoche, in der viele Gewohnheiten, Besitzstände und Strukturen verändert werden müssen. Während wir diesen Wandel — auf



bewährten Grundlagen — gestalten und programmatisch neue Perspektiven entwickeln, hat sich eine seltsame „Arbeitsteilung“ in der politischen Landschaft eingestellt: Diejenigen, die sich einst Reformen auf ihre Fahnen schrieben, erweisen sich heute als die „Gestrigen“, die in wesentlichen Fragen am Status quo einer Zeit festhalten, die von anderen Bedingungen geprägt war.

Aktuelle Debatten über die neue Rolle Deutschlands in der Welt, den Umbau des Sozialstaates, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland und die Privatisierung öffentlicher Aufgaben belegen diese Divergenz.

So sagen wir als erste politische Kraft deutlich, daß in dieser Epoche nicht mehr Verteilung, sondern mehr Leistung erforderlich ist. Angesichts des schärfer werdenden Wettbewerbs in der internationalen Wirtschaft, der demographisch ungünstigen Bevölkerungsentwicklung, des Aufbaus in den neuen Bundesländern und im östlichen Europa müssen alle mehr daran denken, was sie erbringen und erarbeiten, als was sie beanspruchen und fordern können.

Gemeinsame Anstrengung und Arbeit, Pflichtbewußtsein, Kreativität und Innovationsgeist, Gemeinsinn und Verantwortungsbereitschaft sind die Tugenden, die wir aktivieren müssen. Die in der Bundesrepublik beliebte Verteilungsmentalität und das selbstverständlich gewordene Besitzstandsdenken der vergangenen Jahrzehnte sind vorbei.

Insbesondere der Umbau des Sozialstaats muß fortgesetzt werden. Das Festhalten am alten würde ihn gefährden. Antworten für die Zukunft sind deshalb nötig, damit soziale Gerechtigkeit möglich bleibt. Maßstab für diesen Umbau ist der Grundwert der Solidarität: Wir wollen solidarisch die Risiken absichern, die der

einzelne, die Familie und die kleinere Einheit nicht alleine tragen können. Wir wollen mehr Eigenverantwortung, Eigenvorsorge und Selbstbeteiligung verwirklichen.

Wir bekennen uns zur neuen Verantwortung Deutschlands in der Welt. Mit einem Denken im Stile der alten Bundesrepublik, des geteilten Deutschland, wie bei der SPD, ist dies nicht möglich. Deutschland darf keine neue Sonderrolle spielen. Im neuen Grundsatzprogramm heißt es eindeutig, daß Deutschland an der europäischen Verteidigung und den gemeinsamen Aufgaben im Rahmen des NATO-Bündnisses teilnehmen und die Rechte und Pflichten, die es mit dem Beitritt zur UNO übernommen hat, in vollem Umfang wahrnehmen soll.

Die Voraussetzungen für die Beteiligung Deutschlands an Aktionen zur Wiederherstellung und Wahrung des Friedens im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen müssen geschaffen werden.

Der Forderung nach einer Klärung des Verhältnisses der Nationen in und zu einer Europäischen Union entspricht unser Programmentwurf ebenfalls mit deutlichen Antworten. Dies hat kontroverse Diskussionen auch innerhalb der CDU ausgelöst. Es geht unseres Erachtens nicht um die Auflösung der Nationalstaaten, sondern um die gemeinsame Wahrnehmung gemeinsamer Aufgaben. Die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft muß institutionell gesichert sein.

Deshalb müssen einzelne staatliche Kompetenzen abgegeben werden, ohne daß die Staatlichkeit der Mitgliedsstaaten als ganze aufgehoben würde. Der Föderalismus, wie er die innere Bundesstaatlichkeit Deutschlands kennzeichnet, ist unser Vorbild für den Aufbau einer Europäischen Union. In einer föderalen und subsidiären Ordnung sehen wir die Zukunft der Nationen in einem vereinten Europa.



Wir treten für einen schlankeren Staat ein, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Mehr Verantwortung des einzelnen und der Gemeinschaft sowie eine neue Offensive der Deregulierung sind erforderlich, damit der Staat nicht überfrachtet wird. Nicht der Ausbau individueller Abwehrrechte gegenüber dem Staat muß heute Priorität haben, sondern die Innere Sicherheit. Aber auch generell gilt, daß nicht liberalistisch-individualistisches Denken die Zukunft bestimmen kann, sondern die Wiederherstellung des Zusammenhangs von Freiheit und Verantwortung, von Rechten und Pflichten, von individuellem Anspruch und Gemeinwohl. Deshalb ist das „Motto“ des CDU-Programms „Freiheit und Verantwortung“.

Die freie und verantwortliche Gesellschaft ist unser Zukunftsbild für Deutschland. Die CDU erweist sich mit ihrer aktuellen Grundsatzdebatte über die Zukunft unseres Landes als die moderne Programmartei in Deutschland.

## „Stichwort Drogen“

Eine Informationsbroschüre zum Thema Drogen hat der Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Gesprächskreises Drogen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hubert Hüppe, vorgelegt.

Ziel des Papiers mit dem Titel „Stichwort Drogen“ ist es, nicht nur auf das Drogenproblem in der Bundesrepublik hinzuweisen, sondern darüber hinaus Grundlagenwissen zu vermitteln.

Informationen über Geschichte, Wirkung und Gefahren der verschiedenen Drogen sind dort ebenso zu finden wie Hintergründe über Suchtursachen, sowie Therapie und Prävention.

## Kurzarbeitergeld länger

**Die maximale Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld wird von gegenwärtig 18 auf 24 Monate verlängert. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat die entsprechende Verordnung unterzeichnet.**

Mit dieser Ausdehnung, die bereits ab 1. September 1993 gilt und bis 31. Dezember 1994 befristet wird, macht der Bundesarbeitsminister von der Regelung des Arbeitsförderungsgesetzes Gebrauch, nach der die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld von 6 auf höchstens 24 Monate verlängert werden kann, wenn außergewöhnliche Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt vorliegen.

In Westdeutschland sind gegenwärtig 525.100 Personen von Kurzarbeit betroffen. In Ostdeutschland arbeiten 155.300 Personen kurz.

Herzstück des Papiers ist die immer emotionaler geführte Diskussion zur Legalisierung von Drogen. Argumente von Befürwortern wie von Gegner der umstrittenen Freigabe von sog. weichen und harten Drogen werden gegenübergestellt und bewertet. Hervorgehoben wird dabei auch die Alibifunktion, die die verschiedenen Freigabemodelle erfüllen.

**Gegen das Rückporto von 1,50 DM (in Briefmarken) ist die Broschüre zu beziehen über: Abgeordnetenbüro Hubert Hüppe MdB, Bundeshaus HT 413, 53113 Bonn.**



# Veränderte Gefahrenlage erfordert neue Definition deutscher Interessen

**Die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für eine größere deutsche Verantwortung nach der Wiedervereinigung, das Verhältnis von Nationalstaat und Europa, deutsche Interessen in Gemeinschaft und Bündnis waren Schwerpunktthemen einer Klausurtagung des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. und 24. August in Berlin.**

Der Geschäftsführende Fraktionsvortrag, erweitert um die Vorsitzenden und Obleute der Bundestagsausschüsse für Auswärtiges, Verteidigung und Europa unternahm es, Antworten auf grundlegende Fragen der Standortbestimmung Deutschlands in der Welt zu finden und diskutierte konkrete Fragen wie die der Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft und des Verhältnisses zwischen Deutschland und Amerika bzw. Europa und Amerika.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt dem Vizekanzler der Bundesrepublik Österreich, Herrn Dr. Erhard Busek, dem Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Herrn Ministerpräsident a. D. Wilfried Martens und Herrn Professor Michael Stürmer, dem Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, für ihre Diskussionsanstöße.

Vizekanzler Dr. Busek stellte die Herausforderungen und die Chancen vor, die auf die Europäische Gemeinschaft durch die Erweiterung um die EFTA-Staaten und die Staaten Mittel- und Osteuropas zukommen. Er forderte die Einbeziehung vor allem der Visegrad-Staaten in die westlichen Sicherheitsstrukturen. Auch

hierbei wachse Deutschland eine Schlüsselrolle zu. Er rief dazu auf, die Chancen beherzter zu nutzen, die sich für eine gesamteuropäische Zukunft bieten.

Professor Stürmer verwies auf die Notwendigkeit einer realistischen Definition deutscher Interessen angesichts veränderter globaler Gefahrendimensionen. Vor allem die europäische Einigung müsse als Gestaltungsaufgabe begriffen werden, der sich Deutschland annehmen müsse. NATO und EG müßten als verlässliche Ordnungssysteme genutzt und weiterentwickelt werden, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

Der Präsident der Europäischen Volkspartei, Herr Martens, führte in die Diskussion Forderungen nach einer Stärkung der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der EG auch durch institutionelle Reformen und nach einer europäi-

**Ergebnisse der Klausurtagung des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. und 24. August in Berlin**

schen Sicherheitspolitik als integralem Bestandteil der Ziele der Gemeinschaft ein. Er rief zur Übernahme größerer europäischer Verantwortung für die eigene Sicherheit im Rahmen der transatlantischen Partnerschaft auf.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, legte als Diskussionsgrundlage ein Papier über die außenpolitische Verantwortung Deutschlands und seiner Interessen vor.



# Deutsche Außenpolitik vor neuen Herausforderungen

**Die deutsche Außenpolitik steht vor neuen, neuartigen und schwierigen Herausforderungen. Die Risiken sind beträchtlich, aber die Chancen sind auch groß. Will Deutschland diesen Herausforderungen gerecht werden, muß es nach den Anstrengungen zur Wiederherstellung seiner inneren Einheit der Außenpolitik den ihr für die Zukunftssicherung Deutschlands gebührenden Vorrang einräumen.**

Vorrangiges Ziel deutscher Außenpolitik bleibt die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand für unser Land. Bei der Durchsetzung dieses Ziels besteht die Notwendigkeit, Interessen und Wertvorstellungen unserer Partner mit Eigeninteressen in Übereinstimmung zu bringen.

Nach 45 Jahren Teilung und eingeschränkter Souveränität tut sich das wiedervereinigte Deutschland mit seiner neuen Verantwortung in Europa und der Welt verständlicherweise schwer. Aber Frieden und Freiheit sind unteilbar. Es gibt keine bequeme Nische für Deutschland. In einer Welt schnellen Wandels und dramatisch ansteigender Verteilungskonflikte kann kein Land für sich allein den Frieden sichern.

Die Sicherung von Existenz- und Entwicklungsfähigkeit der deutschen Nation hängt wegen Deutschlands Lage, seiner internationalen Verflechtung, seiner Geschichte und seiner relativen Stärke von einem stabilen Umfeld ab. An diesem hat Deutschland ein fundamentales Interesse.

Gestaltungsrahmen dafür ist die Europäi-

sche Union, die die übereinstimmenden grundsätzlichen Interessen Deutschlands und seiner Nachbarn zusammenfaßt. Durch die Stärkung der Europäischen Union als Modell friedlichen Interessenausgleichs kann der Gefahr einer Rückkehr zu alten Verhaltensmustern in Europa, zu Gleichgewichtsdenken, Hegemoniestreben, Nationalismus und Gewalt begegnet werden.

Erfolge bei der Bewältigung der die Bürger bewegenden Probleme können der sich abahnenden Akzeptanzkrise der

**Schlußfolgerungen aus der Klausurtagung des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23./24. August in Berlin**

Gemeinschaft den Boden entziehen. Daher muß der Vertrag von Maastricht umgesetzt und mit Leben erfüllt werden.

Gleichzeitig gilt es, die Gemeinschaft durch eine qualitative Steigerung ihrer Handlungsfähigkeit erweiterungsfähig zu machen. Dafür müssen institutionelle Reformen in Angriff genommen werden.

Die Europäische Union muß auch die Institutionen und Instrumente für eine gemeinsame Sicherheitspolitik erhalten. Vor allem aber müssen die Europäer beweisen, daß sie ein gemeinsamer Wille eint.

Im Jugoslawienkonflikt war sich Europa



nicht einmal in der Bewertung der Vorgänge einig. Eine entschlossener und einigere Politik hätte eine größere Chance gehabt, den Krieg einzudämmen. So ist dem europäischen Einigungsgedanken schwerer Schaden erwachsen. Die Konsequenz muß eine Intensivierung der Bemühungen um eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik sein.

Deutschland hat ein essentielles Interesse daran, die im Westen geschaffene Neuordnung auszubauen und den östlichen Teil Europas mit einzubeziehen. Die Völker und ihre Führungen in den Reformländern Mittel- und Osteuropas brauchen zur Durchsetzung des schwierigen Umgestaltungsprozesses eine klare Perspektive, insbesondere aber den Zugang zu den westlichen Märkten.

Der Integrationskern, die Europäische Union, muß schrittweise nach der Aufnahme der EFTA-Länder um die integrationsfähigen Länder Mittel- und Osteuropas, das heißt im wesentlichen um die Visegradländer erweitert werden. Ihr Beitritt zur Gemeinschaft liegt in unserem Interesse an einem stabilen Umfeld. Er stellt eine Bereicherung der Europäischen Union über das Wirtschaftliche hinaus dar.

Die NATO als die derzeit einzige funktionsfähige militärische Sicherheitsstruktur in Europa, die zugleich die USA sicherheitspolitisch in die europäischen Angelegenheiten einbindet, muß neue Aufgaben für Europa übernehmen. Um die transatlantischen Beziehungen für die Zukunft dauerhaft tragfähig zu machen, müssen die Europäer einen größeren Teil der Verantwortung in der Allianz übernehmen. Deswegen muß die WEU zum europäischen Pfeiler in der Allianz werden, auch um eine Duplizität der Strukturen zu vermeiden.

Die sicherheitspolitischen Probleme der

mittel- und osteuropäischen Länder, die der Europäischen Union beitreten werden, lassen sich vor einer Mitgliedschaft in der NATO am besten durch ihre verstärkte sicherheitspolitische und militärische Heranführung und spätere Mitgliedschaft in der WEU lösen.

Die Stabilisierung Rußlands ist das entscheidende deutsche und europäische Interesse im Osten des Kontinents. Mit Rußland muß ein Netzwerk verflechtender Kooperation über das Wirtschaftliche hinaus ausgebaut werden. Auch Rußland muß seinen Platz in Europa finden. Eine stabile Sicherheitsordnung in Europa muß mit Rußland gesucht werden. Diese Aufgabe kann im sicherheitspolitischen Bereich vor allem von der KSZE geleistet werden. Auch darauf muß die KSZE institutionell vorbereitet werden.

Deutschlands Interesse an stabilen und prosperierenden Nachbarn liegt unmittelbar auch in der hohen Exportabhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft begründet. Sicherung und Ausbau der europäischen Basis deutschen Wirtschaftens gehören damit zu den hervorragendsten Zielen deutscher Politik. Daher liegt auch die Währungsunion als logische Ergänzung des Binnenmarktes und vor allem als harter Kern der politischen Union im Interesse Deutschlands.

## Zeitplan einhalten

Im Hinblick auf die Wirtschafts- und Währungsunion ist die Einhaltung der Stabilitätskriterien entscheidend für die Einhaltung des Zeitplans. Die notwendigen Voraussetzungen, die Erfüllung der Konvergenzkriterien, müssen durch eine abgestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik geschaffen werden.

Für den Erfolg der Europäischen Union ist die Bekämpfung von Rezession und Arbeitslosigkeit sowie die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes



## Olympische Spiele 2000 nach Berlin

**Zur Bewerbung Berlins um die Austragung der Olympischen Spiele des Jahres 2000 in Berlin erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Inneres und Sport“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:**

Wer erlebt hat, mit welcher Begeisterung alle Beteiligten die Weltmeisterschaft der Leichtathleten in Stuttgart zu einer großartigen Begegnung der Deutschen mit anderen Nationen gemacht haben, muß dafür eintreten, daß Berlin Austragungstätte der Olympischen Spiele wird.

Es paßt nicht, wenn in Deutschland gesagt wird, daß wir uns die Spiele in Berlin nicht leisten können. Wir sind ein wohlhabendes Land — trotz vieler Aufgaben in den nächsten Jahren.

Wir sollten Olympische Spiele in Berlin als nationale Aufgabe und Chance begreifen. Ich bin sicher, daß unsere deutschen Landsleute, daß Athletinnen und Athleten die anreisenden Zuschauer aus aller Welt als willkommene Gäste in Deutschland begrüßen werden. Mit Olympischen Spielen in Berlin können wir Deutsche der Welt zeigen, wie Deutschland wirklich ist. Stuttgart hat ein hervorragendes Beispiel gegeben; Stuttgart hat gezeigt, wie weltoffen und freundlich wir unsere ausländischen Gäste aufnehmen.

Olympische Spiele in Berlin 2000 wären auch eine Chance für unsere Jugend: die Jugend könnte den Sport wieder mehr als Orientierung begreifen. Auch von daher gilt es, sich für Olympia 2000 in Berlin einzusetzen.

Europa von herausragender Bedeutung. Dabei müssen protektionistische Maßnahmen vermieden werden. Deutschland kann nicht auf weltweiten Freihandel und weltweite Arbeitsteilung verzichten. Dies gilt gleichermaßen für die westeuropäische Wirtschaft. Daher ist der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT bis Ende 1993 vordringlich; hierzu ist eine gemeinsame Position der Europäischen Gemeinschaft unerläßlich.

Die Stärkung der Autorität der Vereinten Nationen ist ein wesentliches Element für eine friedliche Weltordnung. Deutschland muß seinen Pflichten als Mitglied der Vereinten Nationen in vollem Umfang nachkommen.

Falls es zu einer Erweiterung des Weltsicherheitsrates kommt, sollte Deutschland

einen ständigen Sitz anstreben. Vorrangiges Ziel muß eine gemeinsame Politik der Europäischen Union in den Vereinten Nationen sein.

Deutschlands Ziel muß es sein, die Anwendung moralischer Prinzipien in der Außenpolitik mit Realismus und klarer Interessendefinition zu verbinden. Es darf nicht der Neigung nachgeben, sich für alles auf der Welt verantwortlich zu fühlen und damit in Wirklichkeit für nichts verantwortlich zu sein. Seine Möglichkeiten, wirksam zu handeln, bestimmen seine Fähigkeiten, Verantwortung zu übernehmen. Deswegen muß Deutschland vor jedem Engagement prüfen, wie weit seine Mittel und Möglichkeiten und wie weit seine Interessen reichen. Diese dürfen nicht allein durch die Medienbedeutung eines Falles beschrieben werden.



# Das politisch-extremistische Gesamtpotential blieb unverändert

**Das politisch-extremistische Gesamtpotential hat sich 1992 gegenüber den Vorjahren nur wenig verändert.**

Die Zahl der organisierten **Linksextremisten** stieg um 2.000 auf 28.500, sie sank bei den beeinflussten Organisationen um 2.500 auf 12.500. Im wesentlichen ist das zurückzuführen auf den Zuwachs anarchistischer, autonomer und sonstiger sozialrevolutionärer Gruppen. Diese Zahl beinhaltet nicht das zusätzlich mehrere tausend Personen umfassende Mobilisierungspotential der „Szene“ sowie die mehrere tausend Personen zählende Anhängerschaft der „Kommunistischen Plattform“ in der PDS.

Die Zahl der **Rechtsextremisten** stieg um fast 3.000 auf 42.700. Der Zuwachs war insbesondere bei den militanten Rechtsextremisten (6.400) zu verzeichnen, die Mitgliedereinbußen der NPD wurden durch den Mitgliederanstieg der DVU mehr als aufgefangen. Die Mitgliederzahl der „Republikaner“ ist hier nicht berücksichtigt (25.000 nach eigenen Angaben), da über diese Partei erst seit Dezember 1992 Erkenntnisse über tatsächliche Anhaltspunkte extremistischer Bestrebungen gesammelt werden.

Es sind bekanntlich eine Reihe von Gerichtsverfahren anhängig, mit denen sich die „Republikaner“ gegen eine Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder Erwähnung in Verfassungsschutzberichten wenden. Es gab auch schon erste — widersprüchliche — Entscheidungen von Verwaltungsgerichten zum einstweiligen Rechtsschutz. In Niedersachsen dürfen aus Gründen einer sehr hoch angesetzten Verhältnismäßigkeit einstweilen keine ND-Mittel gegen

die „Republikaner“ eingesetzt werden, in Nordrhein-Westfalen kam das Gericht zu dem Schluß, daß das Interesse an ungestörter Parteilarbeit gegenüber dem Interesse an der Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zurücktreten müßte. Der Bayerische VGH hat aus eben diesen Gründen die Vollziehung eines anderslautenden Beschlusses des VG München vorläufig ausgesetzt. In Baden-Württemberg wurde der Antrag der „Republikaner“ zurückgewiesen. Anhängig sind darüber hinaus noch Verfahren in Rheinland-Pfalz, Berlin und im Saarland sowie die aus Sicht der Bundes-

## Aus der Erklärung des Bundesinnenministers, Manfred Kanther, zum Verfassungsschutzbericht 1992 am 26. August

regierung unzulässige Organklage auf Bundesebene.

Die Zahl der **Ausländerextremisten** ging weiter um über 3.000 auf 39.800 zurück, deutlich verringert hat sich hier die Zahl der einschlägigen Organisationen auf insgesamt 67 (Vorjahr 79).

Die Zahl der **politisch motivierten Gewalttaten** (das sind Angriffe gegen Leib und Leben, Brand- und Sprengstoffanschläge sowie Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung) hat sich 1992 gegenüber 1991 in allen Bereichen deutlich erhöht, insgesamt über 55 Prozent (3.697 gegenüber 2.339). Es sind für den Bereich des Rechtsextremismus 1992 2.584 (1991: 1.483), für den Bereich des



Linksextremismus 972 (1991:797) und für den Bereich des Ausländerextremismus 141 (1991: 59).

Die Zahl der Todesopfer hat sich 1992 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht: Rechtsextremismus 17 (3), Linksextremismus 1 (2) und Ausländerextremismus 7 (3). Von den linksextremistischen Gewalttaten sind fast 400 dem „antifaschistischen Kampf“ zuzuordnen, unter anderem ein Tötungsdelikt und mehr als 100 Körperverletzungen sowie über 50 Brand- und Sprengstoffanschläge. Fast 90 Prozent der rechtsextremistischen Gewalttaten waren ausländerfeindlich motiviert.

Wegen **Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit**, insbesondere wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit hat die Bundesanwaltschaft 1992 1.737 Ermittlungsverfahren eingeleitet. 56 Personen wurden festgenommen, in 44 Fällen erging Haftbefehl.

Kommentar

**Zur Kenntnis:** *Die Gewalttäter von rechts und links haben bisher nie die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik zu erschüttern vermocht, aber sie haben Leben ausgelöscht oder verstümmelt: Es sind einzelne unschuldige Menschen, die den Preis für den politischen Wahn anderer bezahlen. 17 Todesopfer im vergangenen Jahr haben die Rechtsextremisten zu verantworten; sieben davon waren Ausländer, die zehn Deutschen sind nicht von der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen worden. Auch die Blutspur, die verfeindete Gruppen extremistischer Ausländer in Deutschland ziehen, ginge nach den Tagesnachrichten unter, wenn nicht der Jahresbericht an sie erinnerte.*

**Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die politische Bildungsarbeit in Sachsen-Anhalt läuft auf vollen Touren. Eine der nächsten Veranstaltungen dort:

4. Dialog-Forum

**Vom sozialistischen Leitbild zum Wertpluralismus — Erziehung im vereinten Deutschland**

17. und 18. September 1993

Veranstaltungsort: Gemeindehaus (Großer Saal) der Evangelischen Kirchengemeinde, Altstadt Magdeburg

Hauptthemen:

- „Mutmachen für die Demokratie“
- Die Bedeutung der bildungspoliti-

schen Infrastruktur für die Erziehung zu Freiheit und Verantwortung

- Begabung, Unterricht und Ethos — Kann Erziehung die „Sitten der Menschen sanft“ machen (Montesquieu)?
- Verantwortung, Emanzipation oder Selbstverwirklichung? — Die pädagogische Leitbilddiskussion in unserer Gesellschaft
- Pluralität und Toleranz — Was heißt „Grenzen der Toleranz“ in der modernen Demokratie?

Weitere Informationen/  
Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung  
Bildungszentrum  
Schloß Wendgräben  
Postfach 16, 39279 Isterbies**



# Mehr Bundesaufträge für Unternehmen in den neuen Bundesländern

**Die Bundesministerien haben im ersten Halbjahr 1993 Aufträge für gut sechs Milliarden Mark an Unternehmen in den neuen Bundesländern vergeben.**

Das ist „eine beträchtliche Steigerung“ gegenüber dem Gesamtjahr 1992 und annähernd 20 Prozent der gesamten Auftragsvergabe der Ministerien, so eine vom Wirtschaftsministerium im Kabinett vorgelegter Bericht.

Das Kabinett beschloß, die Vorzugsregelungen für ostdeutsche Anbieter bis Ende 1995 zu verlängern. Bei Aufträgen bis zu 100.000 Mark dürfen ostdeutsche Firmen damit auch dann den Zuschlag bekommen, wenn ihre Preise bis zu fünf Prozent höher sind als die der westdeutschen Konkurrenz.

## Nachträgliche Korrekturen

Bei Großaufträgen können sie ihre Preise nachträglich auf das günstigste Angebot eines westdeutschen Mitbieters zurücknehmen, um den Zuschlag zu erhalten.

Nach dem Bericht hat das Verteidigungsministerium in diesem Jahr bereits Auf-

träge von über 551 Millionen DM in die neuen Länder vergeben. Das ist mehr als doppelt so viel wie 1992.

Neben hohen Bauaufträgen seien auch die Bezüge von Waren und Dienstleistungen aus den neuen Ländern von fünf auf über neun Prozent gestiegen.

## Ostdeutsche Bieter profitieren

Das betrifft unter anderem Wasserfahrzeuge, Mineralölerzeugnisse, Büromaschinen, Verpflegung und Bekleidung. Darüber hinaus werden Aufträge zur Verwertung und Entsorgung von Material der ehemaligen NVA an Unternehmen aus den neuen Ländern vergeben.

Das Bundesfinanzministerium habe mit 232 Millionen Mark sogar 49 Prozent seiner Aufträge nach Ostdeutschland vergeben, das Bauministerium mit 225 Millionen Mark 26 Prozent.

Ostdeutsche Bieter profitierten auch ganz erheblich von den bedeutenden Investitionen im Verkehrsbereich. 31 Prozent der Bauaufträge für Bundesstraßen und aus dem Bereich der deutschen Bahnen gingen in die neuen Länder.

## Auftragsschub

Das Verarbeitende Gewerbe der neuen Bundesländer hat im Juni wertmäßig 21 Prozent mehr Aufträge erhalten als im Mai. Gegenüber dem Juni des Vorjahres betrug der Anstieg 18 Prozent. Der Auftragsschub, der sich vor allem aus einer um 27,5 Prozent höheren Inlandsnachfrage als im

Mai ergab, reichte jedoch nicht aus, um das Mai-Ergebnis auszugleichen.

Die ausländischen Order blieben im Juni auf dem Niveau vom Mai. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe meldete ein Plus von 24 Prozent, der Investitionsgüterbereich plus 22 Prozent und das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe plus zwölf Prozent.



# Wettbewerbsnachteile deutscher Transportunternehmer abgebaut

**Zu der immer wieder zu hörenden Behauptung aus Kreisen des deutschen Straßengüterverkehrsgewerbes, die vorgesehene Senkung der Kfz-Steuer für Lkw führe im Hinblick auf die gleichzeitige Mineralölsteuererhöhung für Dieselkraftstoff sowie die Einführung einer Lkw-Vignette nicht zu einem Abbau der bestehenden Wettbewerbsnachteile der deutschen Transportunternehmer gegenüber ihren EG-Konkurrenten, erklärte der Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Franz-Christoph Zeitler:**

Im Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz, dessen Referentenentwurf in diesen Tagen den Ländern und Verbänden übermittelt wurde, ist vorgesehen, zum 1. Januar 1994 die Kraftfahrzeugsteuer für Lkw von bisher rund 10.500 DM für einen 40-t-Lastzug auf 5.000 DM für nicht emissionsarme Fahrzeuge und auf bis zu 3.500 DM für emissionsarme Fahrzeuge zu senken.

Ziel dieser Maßnahme ist es, die deutsche Kraftfahrzeugsteuer dem Niveau in den anderen EG-Mitgliedstaaten anzunähern und damit die bestehenden Wettbewerbsnachteile der deutschen mittelständischen Transportunternehmer gegenüber ihren europäischen Konkurrenten abzubauen. Die Entlastung bei einem 40-t-Lkw beträgt danach rund 5.500 DM bis 7.000 DM. Die Bundesregierung hatte sich in langen Jahren bei vielen Sitzungen des Europäischen Rats der Finanz- und Verkehrsminister darum bemüht, für diese Maßnahme das „grüne Licht“ der EG zu bekommen.

Auch bei der im Rahmen der Bahnreform zum 1. Januar 1994 notwendig werden-

den Erhöhung der Mineralölsteuer sind die Belange des deutschen Transportgewerbes soweit möglich berücksichtigt worden. So steigt die Mineralölsteuer auf Benzin um 16 Pfennig pro Liter, für Diesel dagegen nur um 7 Pfennig pro Liter. So liegt insbesondere die Preisdifferenz zu den Niederlanden mit durchschnittlich ca. 3 Pfennig noch im Rahmen der regionalen und zeitlichen Schwankungen der

**Die Senkung der Kfz-Steuer für Lkw ab 1. Januar 1994 verbessert trotz Dieselsteueranhebung die Wettbewerbssituation der deutschen Transportunternehmer.**

Mineralölpreise. Die Mehrbelastung für einen 40-t-Lastzug mit einer Jahresfahrleistung von 100.000 km und einem Verbrauch von 35 l für 100 km von rund 2.450 DM wird durch die Kraftfahrzeugsteuerentlastung deutlich überkompensiert, so daß — entgegen dieser Behauptung — mit einer Nettoentlastung von rund 3.000 DM bis 4.500 DM im Ergebnis eine nicht unerhebliche Verbesserung der Wettbewerbssituation des deutschen Transportgewerbes erreicht wird.

Die ab 1. Januar 1995 geplante Lkw-Vignette mit einer Obergrenze von zunächst 2.500 DM pro Jahr für einen 40-t-Lastzug, mit der der Einstieg in eine Heranziehung auch ausländischer Lkw zu den deutschen Wegekosten geschafft ist, trifft deutsche und ausländische Lkw gleichermaßen. Sie ist damit wettbewerbsneutral.



## Der Euro-Führerschein kommt

**Die Politische Union Europas nimmt immer mehr konkrete Gestalt an. Sie wird zunehmend für jeden europäischen Unionsbürger erfahrbar.**

Ab etwa Mitte 1995 werden Euro-Führerscheine ausgegeben. Spätestens ab dem 1. Juli 1996 soll der Euro-Führerschein EG-weit gelten. Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg des Europas der Bürger wird verwirklicht. Ein Euro-Führerschein braucht künftig bei einem Umzug innerhalb der Europäischen Union nicht mehr umgetauscht zu werden. Damit wird Verwaltungsaufwand eingespart. Außerdem wird sichergestellt, daß Fahrerlaubnisse in der Europäischen

Union nur noch nach mit den hohen deutschen Prüfungsanforderungen und Gesundheitsstandards vergleichbaren Kriterien vergeben werden. Das trägt zur Verkehrssicherheit in Deutschland und Europa bei.

Durch eine engere Zusammenarbeit der EG-Staaten, ihrer Behörden und Gerichte, wird von vornherein sichergestellt, daß der Verzicht auf die Umtauschpflicht sowie der Wegfall der Führerscheinkontrollen an den EG-Binnengrenzen auch positiv wirksam werden. Die deutsche Polizei kann so z. B. bei den Behörden unserer europäischen Nachbarn sofort nachfragen, welche Art von Fahrerlaubnis ein EG-Ausländer hat.

## Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Nachfrage war außergewöhnlich gut. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat daher jeden erdenklichen Grund, ihr Angebot an „frauenpolitischen Fachtagungen, Seminaren und Diskussionsveranstaltungen“ fortzusetzen. Dr. Günther Rütter, Leiter des Arbeitsbereichs „Politische Bildung“ der KAS, zum übergreifenden Ziel: „Frauen zur Teilnahme am politischen Geschehen zu motivieren, den Dialog zwischen den Frauen und der Politik zu fördern, über aktuelle Themenfelder zu informieren sowie kommunikative Fähigkeiten zu vermitteln.“

Über Einzelheiten — Veranstaltungsart, Thema, Veranstaltungsort — informiert die Broschüre

### Frauen im Gespräch

Einige der Projekte:

- Kolleg „Frauen und Politik“
- Frauen in der Geschichte
- Frauen in der Kommunalpolitik
- Frauen in Politik und Gesellschaft
- „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“
- Frauen in Deutschland und in Europa
- Familien- und Mutter-Kind-Seminare
- Rhetorik und Kommunikation
- „Frauen im Gespräch“
- Ausstellungen

Das 16 Seiten umfassende Heft gibt auf Anfrage ab:

**Konrad-Adenauer-Stiftung  
Politische Bildung/  
HA Bildungswerke  
50387 Wesseling**



# Über 38 Millionen Vereinsmitglieder mit fast 700.000 hauptamtlichen Mitarbeitern

Mehr als 38 Millionen Bundesbürger sind in Vereinen organisiert. Das geht aus einer Untersuchung der Deutschen Gesellschaft für Freizeit hervor, die das Bonner Familienministerium in Auftrag gegeben hat.

Am häufigsten sind danach Sportvereine: Fast 100.000 der insgesamt 240.000 Vereine bieten sportliche Aktivitäten — vom Fußball übers Kegeln bis zum Wassersport. Es folgen Musikvereinigungen (28.000) sowie Brauchtums- und Traditionsgruppen (23.000).

Obwohl der Sportbereich insgesamt die meisten Mitglieder zählt, sind die mitgliederstärksten Vereine bundesweite Zusammenschlüsse wie die Automobilclubs, Berufs- und Hilfsorganisationen. Rund 5,8 Millionen Bundesbürger arbeiten ehrenamtlich in Vereinen mit. Bei den Wohlfahrtsverbänden sind es etwa 1,5 Millionen, in Umweltverbänden mindestens 500.000.

## Zahlreiche Arbeitsplätze

Zugleich bieten die Vereine aber auch eine große Zahl an Arbeitsplätzen. Allein die Wohlfahrtsverbände haben fast 700.000 hauptamtliche Mitarbeiter. Männer sind in den traditionellen Verei-

nen in der Überzahl. In den jüngeren Vereinsformen wie Selbsthilfegruppen hat sich das Verhältnis der Geschlechter zugunsten der Frauen verschoben.

Das Engagement der Vereine ist dabei keineswegs immer auf den jeweiligen Vereinszweck beschränkt, heißt es in der Expertise. Zunehmend engagierten sich Sport-, Kultur- und Freizeitvereine auch im sozialen, ökologischen und karitativen Bereich.

Zugleich treten sie als Sponsoren für Benefizveranstaltungen, Aktionen für Minderheiten oder Umweltschutz sowie für Brauchtums- und Denkmalpflege auf.

## Orte des Miteinanders

Bundesfamilien- und Seniorenministerin **Hannelore Rönsch** hat das Engagement der Vereine als einen Ort des Miteinanders von Alt und Jung gewürdigt:

„Gerade die Älteren können in Vereinen in ganz besonderer Weise ihre Erfahrungen einbringen, sich sozial engagieren, Werte vermitteln, Tradition und Brauchtum pflegen. Vereine leisten so auch einen wichtigen Beitrag dafür, daß ältere Menschen Anerkennung für ihre Fähigkeiten finden und in der Mitte unserer Gesellschaft leben können.“

## Produktionsboom bei ostdeutschem Tafelwasser

Die Produktion von Tafelwasser und alkoholfreien Getränken ist in den neuen Bundesländern im vergangenen Jahr um 168 Prozent auf 416,2 Millionen DM gestiegen. Bei Bier ist dagegen nur eine Produktionssteigerung um 35 Prozent auf 1,26 Milliarden DM registriert worden. Den höchsten Produktionswert erreichten Fleisch und Fleischerzeugnisse mit 3,73 Milliarden DM bei einer Zuwachsrate von 4,5 Prozent.



## Rücksicht im Verkehr kommt an

**Zur Halbjahresbilanz 1993 der Straßenverkehrsunfälle erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg):**

Rücksicht im Verkehr kommt an. In der Verkehrssicherheit wurden 1993 Fortschritte gegenüber 1992 erreicht:

- Die Verkehrsunfälle gingen um 2 Prozent zurück,
- die Unfälle mit Personenschäden um 3 Prozent.
- Es sind 3 Prozent weniger Verkehrstote zu beklagen, und
- die Anzahl der Verletzten sank um 3 Prozent.

Leider trifft diese an sich erfreuliche

Statistik noch nicht auf alle Bundesländer gleichermaßen zu. In den neuen Bundesländern nahmen die Unfälle noch um 13 Prozent zu, die Unfälle mit Personenschäden nur um 2 Prozent. Erfreulich ist dennoch, daß dort die Anzahl der Verkehrstoten um 12 Prozent sank.

Diese insgesamt rückläufigen Zahlen der Verkehrsunfälle und ihrer Folgen sind für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dennoch Ansporn, im Bemühen um mehr Verkehrssicherheit nicht nachzulassen. Jeder Unfall ist einer zuviel. Das Verantwortungsbewußtsein und die Bereitschaft zur Rücksichtnahme, insbesondere gegenüber schwächeren Verkehrsteilnehmern, müssen weiter gestärkt werden.

## Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

**W**ir greifen in den Foren stets aktuelle Fragestellungen auf, tragen artikuliert Anliegen und Probleme in die Öffentlichkeit, stellen neue Sichtweisen und Ideen einem breiten Publikum vor. — So die Charakterisierung der „Eichholzer Foren“ im neuen Programm des Bildungszentrums Schloß Eichholz.

Das erste Angebot dieser Art in der zweiten Jahreshälfte:

Veranstaltung Nr. 244

**Von der Geschichte aufgewühlt  
— Der Umbruch in Europa und  
der Einfluß Abrahamitischer  
Religiosität auf eine Ethik poli-  
tischen Zusammenlebens**

22. bis 23. September 1993.

Hauptthemen:

- Der Politiker zwischen Wählerinteresse und Gemeinwohlverpflichtung.
- „Der liberale Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann.“ — Die Pflicht der Religionen zur ethischen Einmischung.

Zur Teilnahme eingeladen sind:

Vertreterinnen und Vertreter muslimischer, jüdischer und christlicher Verbände und Organisationen.

Weitere Informationen/  
Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung  
Bildungszentrum  
Schloß Eichholz  
Postfach 1331  
50367 Wesseling**



# Abgasuntersuchung ab Dezember für alle Kraftfahrzeuge

Zur Erweiterung der bisherigen Abgassonderuntersuchung erklärten der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg), und der für den Kraftfahrzeugbereich zuständige Berichterstatter, Manfred Heise:

Die Abgasuntersuchung — 1985 als Abgassonderuntersuchung eingeführt — erfaßt ab 1. Dezember 1993 auch die mit geregelter Katalysator ausgestatteten Fahrzeuge sowie die Dieselfahrzeuge. In Deutschland sind dann sowohl alle Pkw als auch Lkw, Sattelzugmaschinen und Busse der regelmäßigen Überwachung des Abgasverhaltens von in Verkehr befindlichen Kraftfahrzeugen unterworfen.

Für Neufahrzeuge aller Art wurden über die Jahre die Anforderungen an das Abgasverhalten immer höher geschraubt. Umfangreiche Untersuchungen ergaben jedoch, daß bei vielen Kraftfahrzeugen, insbesondere mit Benzinmotor, die Grundeinstellung des Motors im Betrieb fehlerhaft war. Das führte zu einer erheblichen Emissionsbelastung der Umwelt. Deshalb wurde im Jahre 1985 die periodische Abgassonderuntersuchung (ASU)

von Kraftfahrzeugen mit Benzinmotoren eingeführt, die zusätzlich zur Kohlenmonoxyd-Messung auch die Grundeinstellung des Motors nach Herstellerangaben beinhaltet.

Die steigenden Anforderungen an die Abgasemissionen von Kraftfahrzeugen führten in der Folge einerseits zu einer verbesserten Motorentechnik (Einspritzanlage, elektronische Zündung) und zu Abgasreinigungssystemen (geregelter 3-Wege-Katalysator). Auch diese kompliziertere Technik ist nicht frei von Fehlern, die sich negativ auf das Abgasverhalten auswirken können. Es ist daher auch über die Nutzungszeit des Kraftfahrzeuges regelmäßig zu überprüfen.

Nur so können Verschlechterungen im Abgasverhalten des einzelnen Kraftfahrzeugs im Verkehr als Folge von Verschleiß, fehlerhafter Nutzung, unterlassener oder fehlender Wartung oder Reparaturen festgestellt und sodann behoben werden. Ab 1. Dezember 1993 müssen alle Pkw mit geregelter Katalysator und Diesel-Pkw die erste Abgasuntersuchung im Rhythmus der Hauptuntersuchung durchführen lassen, ebenso alle Dieselnutzfahrzeuge. ■

## Neues Bundesamt für Naturschutz in Bonn

Ein neu errichtetes Bundesamt für Naturschutz hat am 16. August in Bonn seine Arbeit aufgenommen. Umweltminister Klaus Töpfer sprach von einer deutlichen „Aufwertung“ der Naturschutzbelange in Deutschland.

Das neue Amt konzentriert wesentli-

che Aufgaben im Bereich des Natur- und Artenschutzes, für die bisher die beiden Bundesämter für Ernährung und Forstwirtschaft sowie für Wirtschaft zuständig waren. Die Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie geht völlig in der neuen Bundesoberbehörde auf.



## 14. Subventionsbericht:

# Ganz im Zeichen der Umschichtung von den alten in die neuen Länder

**Zur Vorlage des 14. Subventionsberichts erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Joachim Grünewald:**

Die Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes steht von 1991 bis 1994 ganz im Zeichen der Umschichtung von den alten in die neuen Länder. Den für den Anpassungsprozeß erforderlichen zusätzlichen Hilfen in den neuen Ländern stehen deutliche Subventionskürzungen im Westen gegenüber. Das Volumen der gesamten Subventionen des Bundes 1994 erhöht sich im Vergleich zu 1991 nur wenig — von 37,3 Mrd. DM auf 37,6 Mrd. DM.

### Deutlicher Subventionsabbau in den alten Ländern

Von 1991 bis 1994 gehen die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes im Westen um fast ein Viertel (6½ Milliarden Mark) zurück. Neben der Reduzierung der Berlin- und Zonenrandförderung wirken sich das Subventionsabbau-paket 1991/1992 sowie die Einsparungen im Föderalen Konsolidierungsprogramm und im Haushalt 1994 aus. In den alten Ländern kommt es in einigen Bereichen von 1991 bis 1994 zu einem einschneidenden Subventionsabbau:

- Regionalförderung (—5 Mrd. DM bzw. —73 v. H.),
- Luftfahrtindustrie (—1,2 Mrd. DM bzw. —84 v. H.),

- Landwirtschaft (—0,8 Mrd. DM bzw. —15 v. H.),
- Bergbau (—0,7 Mrd. DM bzw. —20 v. H.),
- Schiffbau (—0,1 Mrd. DM bzw. —25 v. H.).

Neben den Steuervergünstigungen des Bundes sind in den letzten Jahren weitere steuerliche Vorteile abgebaut worden. Zusammengefasst sind seit 1990 steuerliche Vergünstigungen und Sonderregelungen von 38 Milliarden Mark bei Bund, Ländern und Gemeinden eingeschränkt worden (einschließlich der Gegenfinanzierung zum Standorticherungsgesetz).

### Umstrukturierungshilfen für neue Länder stark erhöht

Die Hilfen zur Umstrukturierung der Wirtschaft in den neuen Ländern wurden von 1991 bis 1994 um 6 Milliarden Mark auf 15½ Milliarden Mark verstärkt. Der Anteil an den gesamten Bundessubventionen steigt von 24 v. H. (1991) auf 42 v. H. (1994). Bei den Finanzhilfen geht jede zweite Subventionsmark bereits in die neuen Länder. Die größten Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes für die neuen Länder sind 1994:

- Investitionszulagen (2,7 Mrd. DM),
- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Wirtschaftsstruktur“ (2,7 Mrd. DM),
- Bundesanteil Zinszahlungen Wohnungsbaualtschulden (2,35 Mrd. DM),
- Eigenkapitalhilfen (1,3 Mrd. DM),
- Sonderabschreibungen (1,2 Mrd. DM).



## Wohnungsbauhilfen deutlich erhöht

Angesichts der erhöhten Wohnungsnachfrage und des Nachholbedarfs in den neuen Ländern wurden die Bedingungen für den sozialen und den privaten Wohnungsbau in Ost und West deutlich verbessert. Außerdem übernimmt der Bund ab 1994 einen Teil der Zinszahlungen für die Wohnungsbaukreditschulden in den neuen Ländern.

Das Volumen der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes für das Wohnungswesen steigt von 5,8 Milliarden Mark (1991) auf 10,3 Milliarden Mark (1994), ihr Anteil an den gesamten Bundessubventionen von 16 v. H. auf 27 v. H. Die Zunahme erfolgt sowohl in den neuen Ländern (+ 3 Milliarden Mark) als auch in den alten Ländern (+ 1,5 Milliarden Mark).

Insgesamt ist die Bedeutung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen von 1991 bis 1994 zurückgegangen:

- der Anteil insgesamt gemessen am Bruttosozialprodukt von 1,3 v. H. auf 1,2 v. H.,
- der Anteil der Finanzhilfen an den Bundesausgaben von 4,9 v. H. auf 4,5 v. H.,
- der Anteil der Steuervergünstigungen an den Steuereinnahmen des Bundes von 5,5 v. H. auf 4,2 v. H.

Der Rückgang in den alten Ländern

allein fällt wesentlich deutlicher aus. Gemessen am westlichen Bruttosozialprodukt gehen die Bundessubventionen von 1,1 v. H. 1991 auf 0,75 v. H. 1994 zurück. Im Vergleich zu 1982 hat sich der Anteil halbiert.

In den neuen Ländern ist der Einsatz von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes dagegen inzwischen sehr hoch. Gemessen am östlichen Bruttosozialprodukt beträgt der Anteil 1994 4,9 v. H. Umgerechnet je Einwohner steigen die Bundessubventionen von 560 DM (1991) auf 997 DM (1994), im Westen gehen sie von 443 DM auf 338 DM zurück.

## Subventionsabbau bleibt Daueraufgabe

Im Finanzplan ist ein weiterer Rückgang der Finanzhilfen des Bundes im Westen um ein Viertel bis 1997 vorgesehen. Der Subventionsabbau bleibt weiterhin eine Daueraufgabe, die nicht nur am Ziel kurzfristiger Haushaltsentlastung orientiert sein kann. Dauerhaft gewährte Erhaltungshilfen für nicht wettbewerbsfähige Wirtschaftszweige binden knappe Produktionsfaktoren und behindern langfristig den notwendigen Strukturwandel. Auch in den neuen Ländern müssen im Zuge der fortschreitenden Umstrukturierung der Wirtschaft die derzeit hohen Subventionen gestrafft und zurückgeführt werden. ■

## Thyssen Schulte investierte 23 Millionen in Chemnitz

Die Thyssen Schulte GmbH, Tochter der Thyssen Handelsunion AG (Düsseldorf), hat im zurückliegenden Jahr acht Millionen DM in die Modernisierung und den Ausbau ihrer Chemnitzer Haustechnik-Niederlassung investiert. In den Ausbau der Niederlassung der Thyssen Schulte Werkstoffhandel GmbH in der sächsischen Stadt flossen rund 15 Millionen DM. In den beiden Niederlassungen sind insgesamt 116 Mitarbeiter beschäftigt.



„Probleme mit der Wirklichkeit“:

## SPD blockiert Bundeswehrein-sätze

„Zu Blauhelm-Einsätzen mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sagen wir ja“, so kündigte SPD-Chef Scharping eine von ihm angestrebte Kurswende der Sozialdemokraten in Sachen Bundeswehrein-sätze an. (dpa, 13. 8. 93) Auf die Dauer könne die SPD „die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an UNO-Maßnahmen im Sinne der Weltinnenpolitik“ nicht verhindern. (Süddeutsche Zeitung, 9. 7. 93)

In diesem Sinne startete der SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Hans-Ulrich Klose, eine Initiative im SPD-Präsidium. Klose plädierte für die Beteiligung der Bundeswehr an allen Maßnahmen unter UN-Kommando — einschließlich Kampfeinsätzen: „Wir müssen handlungsfähig sein, wenn die UNO unsere Hilfe will.“ Eine „deutsche Sonderrolle oder deutsche Sonderwege, die immer gefährlich waren für uns und unsere Nachbarn, sollten wir jedenfalls vermeiden.“ (ZDF-Morgenmagazin, 30. 8. 93)

### Mit allen Rechten und Pflichten

Klose weiter: „Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der UNO geworden ohne jeden Vorbehalt, und alle Erklärungen aus der damaligen Regierung Brandt/Scheel laufen darauf hinaus: Wir sind Mitglied mit allen Rechten und mit allen Pflichten. Und ich finde,

das muß man ernst nehmen.“ (MDR, 26. 8. 93)

### Alte Verweigerungshaltung

Eine Projektgruppe der SPD unter Leitung von Heidemarie Wieczorek-Zeul hat dagegen am vergangenen Wochenende beschlossen, daß die SPD an ihrer „nachdrücklichen Ablehnung“ aller Kampfeinsätze festhalte und lediglich „reine Blauhelmmissionen“ befürworte. (Welt am Sonntag, 29. 8. 93) Schröder, Lafontaine und Wieczorek-Zeul haben sich damit gegen Klose und Scharping in der SPD durchgesetzt und die alte Verweigerungshaltung bekräftigt. Zuvor hatte Scharping seinem Fraktionschef die Rückendekung in der SPD-Präsidiumssitzung verweigert und ihn im Regen stehen lassen.

### Heile Welt beschlossen

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Peter Struck, kritisierte seine Partei daraufhin heftig: „Die Partei, so wie sie ist, beschließt die heile Welt. Wir machen nur Blauhelme und weiter nichts. Damit werden wir dann in der politischen Entwicklung der UNO und auch in Deutschland überrollt. Irgendwann stehen wir wieder mit dem Rücken an der Wand wie damals in der Asylfrage.“ (Welt am Sonntag, 29. 8. 93) Was die Blauhelmeinsätze betrifft, so Struck weiter, „müssen wir sehr aufpassen, daß wir uns als SPD nicht international völlig isolieren. Unsere kategorische Verweigerungshaltung könnte im Ausland schnell dazu führen, daß über die Deutschen der Eindruck entsteht: Wenn



sie überhaupt was machen, dann nur mit Geld“. (ebenda) Auf die Frage, ob es um die Regierungsfähigkeit der SPD gehe, sagte Struck: „Ja, so ist es.“ (DS Kultur, 26. 8. 93)

**Frau Wiczorek-Zeul warf Struck daraufhin vor, er betätige sich als „Lautsprecher für die CDU“ (FAZ, 30. 8. 93), da er auf die Position der Union eingeschwenkt sei.**

Auch der SPD-Verteidigungsexperte Horst Niggemeier warnte die SPD: „Einmal mehr steht die SPD vor einer innerparteilichen Zerreißprobe, an deren Ende möglicherweise die totale außenpolitische Handlungsunfähigkeit und eine daraus resultierende Isolierung stehen wird. An einem sehr entscheidenden Punkt der internationalen Politik versagt die deutsche Sozialdemokratie ihre Mitwirkung.“ (Welt am Sonntag, 29. 8. 93)

Niggemeier weiter: „Bekennender Pazifismus ist zwar ehrenwert, aber außenpolitisch wertlos, weil die Welt nicht so ist, wie sie von politischen Friedensengeln in meiner Partei in realitätsferner Vorstellung gemalt wird.“ (ebenda)

**Pressestimmen zur Verweigerungshaltung der SPD:**

**Verheerend ist das Presseecho auf die Blockadehaltung der SPD in Sachen Bundeswehreinätze und die innere Zerstrittenheit der Partei:**

„Scharping in der Sackgasse“, kommentiert das Nachrichtenmagazin Focus. „Der SPD-Vorsitzende wird mit den widerstreitenden Interessen bei entschei-

denden Themen ... nicht fertig“. (Focus 35/93, 30. 8. 93) „Aus Furcht vor einer parteiinternen Niederlage hält Scharping sich zurück. Damit irritierte der SPD-Chef seine Partei. Schlimmer noch: Er lähmte die Handlungsfähigkeit deutscher Außenpolitik. Mit politischem Führungswillen hat das wenig zu tun.“ (General-Anzeiger Bonn, 28. 8. 93)

„Die SPD lebt in großen Teilen wieder neben der Wirklichkeit“. (Die Welt, 30. 8. 93) „Die SPD muß sich selbst erst noch in Ordnung bringen, ehe sie als regierungsfähig gelten kann.“ (NRZ, 28. 8. 93) „Statt Regierungsfähigkeit zu wollen, steuern die Genossen weiter den Kurs des Verantwortungsneutralismus.“ (Welt am Sonntag, 29. 8. 93)

„Die Koordinaten, zwischen denen sich die Sozialdemokraten bewegen, sind nicht die der realen Welt, ... sondern die eines liebgewordenen Traumbildes.“ (Süddeutsche Zeitung, 30. 8. 93) „Die Opposition steuert erneut einen zermürbenden Kampf mit sich selbst“. (Kölnische Rundschau, 30. 8. 93)

„Für den Frieden in der Welt lassen die Internationalisten in der SPD lieber die Söhne Schwedens, Dänemarks oder Hollands ins Feuer gehen. Denn diese Länder unterhalten ja Interventionsarmeen“. (Welt am Sonntag, 29. 8. 93)

„Das Gefährliche an der Zerrissenheit der SPD ist die Unbekümmertheit, in der ihre Spitzengenossen das Thema Blauhelm nutzen; um Scharping nicht zu mächtig werden zu lassen. Schröder, Lafontaine und Frau Wiczorek-Zeul haben sich zu einer bösen Allianz verbündet. So war Scharping gezwungen, Klose im Regen stehen zu lassen, obwohl er teilt, was der Hanseat will.“ (Volksstimme, 30. 8. 93)

Die FAZ kommentiert: „Es geht nur, was in Hannover noch toleriert wird.“ (FAZ, 24. 8. 93)



## Schlechte Stimmung in Schröders rot-grüner Musterehe

**In Gerhard Schröders selbsternannter rot-grüner Musterehe in Niedersachsen hängt der Hausegen schief. Das Stimmungstief vor der Sommerpause, als Schröder gegen Rudolf Scharping im Rennen um den SPD-Vorsitz den Kürzeren gezogen hatte, hält an. Immer öfter muß der rot-grüne Koalitionsausschuß Konflikte der beiden Regierungspartner schlichten: Nationalpark Harz, Verbandsklage, demnächst die Lehrerarbeitszeit und die Sondermüllentsorgung.**

Sieben Monate vor der Landtagswahl gebärden sich beide Regierungsparteien übernervös. Sozialdemokraten kündigen eine „härtere Gangart“ gegen Grüne in der Umweltpolitik an. Grüne kündigen Regierungsbeschlüsse auf. Argwöhnisch wird registriert, daß sich der eine auf Kosten des anderen zu profilieren sucht.

Die SPD muß um Stammwähler fürchten, wie ihr Meinungsforscher erst kürzlich wieder bescheinigt haben. Einziges richtiges Pfund, mit dem die Sozialdemokraten den Unterschuchungen zufolge beim Wähler wuchern können, ist ihr Regierungschef. „Staatsmann und Macher Schröder“ gegen den von der CDU ins Rennen geschickten „Neuling Christian Wulff“, so stellen sich einige Wahlkampfstrategen der SPD das vor. Doch gerade Schröder bekommt in diesen Wochen aus den eigenen Reihen Gegenwind.

Der gut inszenierte Rücktritt des Städtetagspräsidenten Jürgen Schneider, eines Sozialdemokraten, der Schröder und seiner Regierung kommunalfeindliche Politik vorwirft, hat die Spitzengenossen bit-

ter getroffen. Ebenso wenig ausgestanden ist der Konflikt um die geplante zusätzliche Unterrichtsstunde für Lehrer. Schröder wird aus den eigenen Reihen, vor allem von den Gewerkschaften vorgehalten, er schüre Vorurteile gegen Lehrer und profilieren sich auf deren Kosten.

Im Gegenzug versuchen sich die Grünen als Opposition zur eigenen Regierung: Ein politisch nicht beschlußfähiger Ausschuß von weniger als der Hälfte der Kreisverbände verlangt, den von Grünen-Ministern und -Fraktion mitgetragenen

### Von dpa-Korrespondent Andreas Möser

Lehrer-Beschluß mit der SPD zu stoppen. Die SPD wird nicht zurückstecken: „Reden ja, ändern nein!“ ließ SPD-Chef Bruns die Grünen kurzerhand wissen.

Furiös der grüne Schwenk in der Sondermüllpolitik: Kurz vor Schluß des Genehmigungsverfahrens zum Ausbau der einzigen Sondermüllkippe des Landes in Hoheneggelsen ist die Fraktion vorgeprescht. Was drei Jahre als „Eckpfeiler“ rot-grüner Sondermüllentsorgung gepriesen wurde, ist nun „ökologisch nicht verantwortbar“.

„Reiner Opportunismus“, schimpft ein führender Sozialdemokrat. Zweifel an der Verlässlichkeit der Grünen hat zudem deren jüngster Landesparteitag ausgelöst. Um Haaresbreite hätte die „Basis“ dabei ihrem politischen Kopf, Bundesratsminister Jürgen Trittin, öffentlich das Vertrauen entzogen.



# SPD – eine konzeptionslose Partei ohne politische Alternativen

Zur konzeptionslosen Haltung der SPD gegenüber dem Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm der Bundesregierung erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Peter Schmitz:

Die SPD ist sich — auch das kommt vor — einmal einig. Jedenfalls dann, wenn es um etwas geht, was sie nicht will. Folglich erklären die Genossen auch in seltener Übereinstimmung, daß sie das vom Bundesfinanzminister vorgelegte Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm strikt ablehnen. Dies sei — natürlich — unsozial.

Dabei weiß doch inzwischen — fast — jeder, daß es zum Sparen in der derzeitigen Situation überhaupt keine Alternative gibt. Eine noch höhere Verschuldung, als sie aufgrund der schwierigen konjunkturellen Lage ohnehin nötig ist, wäre ebenso konjunkturschädlich wie weitere — über die bereits vorgesehenen hinausgehende — Steuererhöhungen.

Nachdem die finanziellen Belastungen im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau in den jungen Bundesländern bislang ausschließlich von den Leistungsträgern — also den Steuer- und Beitragszahlern — erbracht worden sind, führt nunmehr kein Weg daran vorbei, daß in Zukunft auch die Leistungsempfänger ihren Beitrag leisten.

Im übrigen muß die Ausgabenkürzung dort realisiert werden, wo die Ausgabendynamik am größten ist. Zudem bleiben bei den geplanten Entlastungsmaßnahmen im Sozialbereich in Höhe von ca. 16 Mrd. DM die Sozialausgaben mit fast unverändert 168 Mrd. DM auch 1994 der

größte Ausgabenblock im Bundeshaushalt.

Das Sozialbudget, also die Summe aller öffentlichen und privaten Sozialleistungen, hat 1992 mit 1000 Milliarden DM ein volles Drittel des Bruttosozialproduktes ausgemacht. Diese Zahlen verdeutlichen, wie relativ die vom Bundeskabinett verabschiedeten Sparvorschläge in ihrer Gesamtheit sind.

Überdies: Es mag Staaten geben, in denen vereinzelte Sozialleistungen in größeren Umfang gewährt werden als bei uns. In der Summe der Sozialleistungen nehmen wir Deutschen jedoch nach wie vor weltweit den Spitzenplatz ein.

In dieser Situation beschränken sich die Sozialdemokraten nicht nur darauf, sich aus ihrer Verantwortung zu stehlen, indem sie die Sparmaßnahmen der Bundesregierung ablehnen, ohne eigene Alternativen zu nennen. Nein, man scheut sich in dieser Situation nicht, zusätzliche kostenwirksame Maßnahmen der verschiedensten Art zu fordern.

So fordert, um nur einige Beispiele zu nennen, die bayerische SPD-Vorsitzende Renate Schmidt, die geplante Pflegeversicherung solle aus Steuermitteln statt aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen finanziert werden. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jens, regt hingegen „staatliche Anschubfinanzierungen“ für zusätzliche öffentliche Investitionen an. Schließlich hält der baden-württembergische Wirtschaftsminister Spöri (SPD) eine zeitlich befristete Investitionszulage zur Schaffung neuer Stellen für sinnvoll. Die SPD stellt sich leider auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik einmal mehr als völlig alternativ- und konzeptionslos dar. ■



## „Aktion des Monats“

# ... unsere Türen öffnen und neue Ideen und Anregungen hereinlassen

Mit seiner Fragebogen-Aktion „Offen für alle . . .“ ist der CDU-Ortsverband Wolbeck der erste Preisträger, der mit einer Urkunde der Bundesgeschäftsstelle für die beste „Aktion des Monats“, und zwar des Monats Juli, ausgezeichnet worden ist.

„Wir wollen unsere Türen öffnen und neue Ideen und Anregungen zu uns hereinlassen.“ — Mit diesen Worten hat die CDU Wolbeck ihre Fragebogen-Aktion begründet und ihre Absicht verbunden, die politische Arbeit vor Ort eng an den Wünschen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten. Gleichzeitig hat sie damit eine gute Formel für den Willen der ganzen CDU gefunden.

In Verbindung mit dem enormen Fleiß für die Kommune hat dieser schöne Satz den Ausschlag dafür gegeben, daß das Wolbecker Beispiel gleich beim ersten Wettbewerb als das beste herausgestellt worden ist.

Für Idee, Vorbereitung und Durchführung, Verteilung der Fragebogen an 2000 Haushalte und Direktbefragungen an Markttagen, für die Auswertung der großen Zahl der Rückläufe, deren Veröffentlichung und Umsetzung in Anträge an die zuständigen Gremien der Kommune hat denn auch Peter Hintze im Text der Urkunde der Wolbecker CDU seinen Dank und seine Anerkennung ausgesprochen.

Mit der Auszeichnung, die dem Ortsverband auch einen nagelneuen Canvassing-Stand bescherte, verband der Generalsekretär den Wunsch, daß die Aktion ein



Werner Stolz kann stolz sein und sich freuen: Der Ortsverband Wolbeck, dessen Vorsitzender er ist, ist der erste Preisträger der neuen „Aktion des Monats“.

Beispiel sein soll, dem möglichst viele Verbände der CDU folgen werden.

Der Bildband „Helmut Kohl“ von Konrad R. Müller und Peter Scholl-Latour sowie das Buch „Helmut Kohl: Der Kurs der CDU“ (beide mit Unterschrift des Parteivorsitzenden) waren die Preise für die beiden zweiten Sieger im Wettbewerb: Helmut Roschka und Verena Sigmund vom Stadtverband Saalfeld in Thüringen.

Mit ihrer regelmäßigen Rentenberatung zweimal im Monat seit Februar 1992, für die sie ein derart fundiertes Wissen mitbringen, daß es dem öffentlicher Einrichtungen teilweise überlegen ist, haben sie eine Aktion von besonderer Mitmenschlichkeit geleistet und deutlich gemacht, daß auch einzelne Personen hervorragende politische Arbeit leisten können.

Den dritten Preis erhielt der Kreisverband Reutlingen, der als bisher erster und einziger mit seiner Mailbox „PLENUM“ politisch Interessierte über die modernste



Form der Kommunikationstechnik anspricht: Politische Informationen rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag.

Als Anerkennung und Dankeschön erhielt das Redaktionsteam des Kreisvorsitzenden Andreas vom Scheidt und des Kreisgeschäftsführers Patric Paris das Organisationshandbuch der CDU-Bundesgeschäftsstelle auf Diskette.

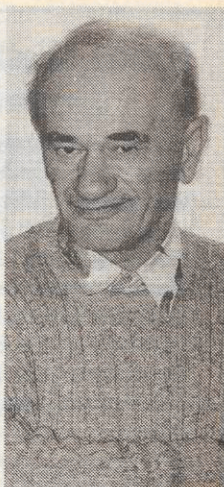
Worum sich die CDU in Vorbereitung auf die Wahlkämpfe im kommenden Jahr z.B. in der neuen UiD-Beilage „Entscheidung 94“ besonders intensiv bemüht, im Kreisverband Reutlingen findet es schon statt. Peter Hintze: Gerade auch im Hinblick auf das Wahljahr 1994 ist diese Art der Kommunikation mit dem Bürger zukunftsweisend.

Auf Anregung des Hauptabteilungsleiters Organisation, Claudius Schlumberger, hatte der Generalsekretär erst Mitte Juni in einem breit gestreuten Rundschreiben die Verbände der Partei dazu aufgefordert, besonders erfolgreiche Aktionen der gesamten Partei bekannt zu machen und sich mit den eingesandten Berichten ab Juli regelmäßig an einem Wettbewerb um die „Aktion des Monats“ zu beteiligen.

Innerhalb ganz kurzer Zeit ist in der CDU-Bundesgeschäftsstelle daraufhin



Verena Sigmund



Helmut Roschka

eine so große Anzahl von Beispielen derart guter Aktionen eingegangen, daß es der Auswahlkommission im Konrad-Adenauer-Haus nicht leichtfiel, eine beste und zwei weitere Aktionen für eine Preisverleihung zu bestimmen.

Deshalb war auch gleich beim ersten Mal für alle Beteiligten klar: Spätestens Anfang nächsten Jahres wird es eine Dokumentation geben, die alle guten Beispiele, also auch die enthält, die leider nicht prämiert werden konnten. ■

Das Probieren an der Mailbox „PLENUM“ erregt ihr Interesse und scheint ihnen auch Spaß zu machen: (von links) Patric Paris (Kreisgeschäftsführer), Anton Pfeifer, MdB (Staatsminister beim Bundeskanzler), Volker Kauder (Generalsekretär der baden-württembergischen CDU), Andreas vom Scheidt (Kreisvorsitzender).





## Klaus Welle als Vorsitzender des Demokratischen Jugendverbandes Europas wiedergewählt

Mit großer Mehrheit wurde Klaus Welle aus Westkirchen, Kreis Warendorf, Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union Deutschlands, als Vorsitzender des Demokratischen Jugendverbandes Europas (DEMYC) am 21. August in Helsinki in seinem Amt bestätigt. Einer seiner Amtsvorgänger war Verteidigungsminister Volker Rühle.

Der 15. DEMYC-Kongreß stand unter dem Motto „Towards United Europe – The Future is Ours“. Gäste waren u. a. der Parteivorsitzende der Nationalen Koalitionspartei Finnlands (KOK) und Vize-Regierungschef Pertti Salolainen, der Parlamentspräsident Ilkka Suominen sowie der Präsidentschaftskandidat der Koalitionspartei Raimo Ilaskivi.

Die von der Jungen Union Deutschlands eingebrachten Resolutionen zu

den Themen Wirtschaftspolitik und Ausländerfeindlichkeit wurden einstimmig angenommen. Außerdem verabschiedete der Kongreß drei Leitartikel zu den Themen „Zukunft der Europäischen Zusammenarbeit“, „Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ sowie „Globale Umweltpolitik“.

### ... größer als EG-Europa

Mit der Neuaufnahme von acht osteuropäischen Verbänden setzte die DEMYC, Dachverband der christdemokratischen und konservativen Jugendverbände in Europa, ein Zeichen für die Öffnung nach Osteuropa.

Vor Delegierten aus 29 Ländern von Portugal bis Estland und Finnland bis Zypern erklärte DEMYC-Präsident Klaus Welle: „Die Gestaltung Europas kann nur mit unseren osteuropäischen Nachbarn gelingen. Unser Europa ist größer als EG-Europa.“

## „Wolfskinder“ suchen Kontakte in Deutschland

**Eine Gruppe von Deutschen, die 1945 als Kinder von Ostpreußen nach Litauen geflüchtet sind, sucht Kontakte mit Deutschen.**

Diese sogenannten „Wolfskinder“, Menschen, die damals von litauischen Familien aufgenommen wurden, haben sich in dem „Deutschen Verein Edelweiß“ organisiert.

Diese Menschen sind heute zwischen 50 und 65 Jahre alt. Über eine CDU-Gruppe, die mit ihnen Kontakt auf-

nehmen würde, würde man sich sehr freuen. Viele von ihnen sind in Klaipeida (das frühere Memel) und in Kaunas organisiert. Sie sind ausgesprochen gastfreundlich. Ein Besuch in Memel z. B. lohnt sich immer, da vor allem das Memelland und die Kurische Nehrung eine landschaftlich besonders reizvolle Gegend ist.

Haben Sie Interesse? Dann wenden Sie sich an Thaddäus Kunzmann, Ersbergstr. 18, 72622 Nürtingen, Tel. (0 70 22) 3 41 09 oder 3 41 38.



## Mitgliederwerbung muß jetzt beginnen!

# Wer zu spät kommt...

**Mitte Juni hat die Bundesgeschäftsstelle die neue Mitglieder-Werbeaktion „Zeit zum Mitmachen. Ergreifen Sie Partei!“ vorgestellt. Trotz Sommerpause haben zahlreiche Kreisverbände prompt reagiert.**

Die Aktion ist inzwischen überall in Deutschland angelaufen. Auch die Kreisverbände, die sich bisher noch nicht entschließen konnten, sollten jetzt mit der gezielten Mitgliederwerbung beginnen.

Viele politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger wären jetzt bereit, in die CDU zu kommen. Die laufende Grundsatzzprogramm Diskussion und bevorstehende Parteitage bieten Gelegenheit zur Mitwirkung und Mitgestaltung.

Wo Kandidaten und kommunale Mandatsbewerber gesucht werden, ist jetzt die Zeit der Ansprache und Einbindung. Im Wahlkampfjahr 1994 werden bestimmte Personengruppen wieder zurückhalten, wenn es darum geht, sich zu einer Partei zu bekennen.

Bedenkenträgern gegen offene Mitgliederwerbung sei eines gesagt: Das Sprachgewächs Politikverdrossenheit ist zum dichten Gebüsch geworden, hinter dem sich viele auch gut verstecken konnten.

Die CDU muß jetzt das Dickicht verlassen und allen Interessierten offene Angebote unterbreiten: Dabei sein und mitgestalten, wenn in Deutschland und Europa die Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Ein offenes Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger ist die „Schnupper-Mitgliedschaft“, die in allen CDU-Kreisverbänden in Deutschland durchgeführt werden kann. Alle sind eingeladen, die Partei CDU sechs Monate lang kennenzulernen — ohne Beitragszahlung, zeitlich begrenzt und ohne weitergehende Verpflichtungen.

Die „Schnupper-Mitglieder“ erhalten alle Informationen und Einladungen — wie ein CDU-Mitglied. Sie haben auf allen Veranstaltungen Rederecht, Vorschlags-

**Bedenkenträgern gegen offene Mitgliederwerbung sei eines gesagt: Das Sprachgewächs Politikverdrossenheit ist zum dichten Gebüsch geworden, hinter dem sich viele gut verstecken konnten.**

recht und Mitwirkungsrecht — jedoch kein Wahlrecht.

Die Aktion „Schnupper-Mitgliedschaft“, die Mitte Juni vorgestellt wurde, ist innerhalb kurzer Zeit in allen Landesverbänden auf große Resonanz gestoßen. Trotz Sommerpause bietet bereits fast ein Drittel aller CDU-Kreisverbände in Deutschland die „Schnupper-Mitgliedschaft“ an.

Dabei zeigt sich in manchen Kreisverbänden, daß eine Partei auch sympathisch und phantasievoll sein kann. In Bremen, Berlin und Frankfurt wurde die Aktion zum Beispiel mit der Verlosung von Stern-Patenschaften verbunden. ■





● **Pin für Schnupper-Mitglieder**

Bestell-Nr.: 9594

Verpackungseinheit: 25 Exemplare

Preis je Einheit: 27,50 DM



● **Pin „Politik weiblich“**

Bestell-Nr.: 9593

Verpackungseinheit: 25 Exemplare

Preis je Einheit: 27,50 DM

**D**ie beiden auf der rechten Seite oben abgebildeten Materialien sind das Ergebnis einer Modellaktion der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die mit sehr großem Erfolg durchgeführt wurde. Auf der Schnupperfaltkarte haben Sie durch die individuelle Eindrucksmöglichkeit die Möglichkeit, die wichtigsten Ziele Ihres CDU-Verbandes bekanntzugeben, und gleichzeitig die Chance, neue Schnupper- oder auch Vollmitglieder zu werben.

Mindestbestellmenge: 1 000 Expl.

Preis je 1 000 Expl.: 77,— DM

zzgl. MwSt. und Versand

Zusätzlich erhalten Sie kostenlos

100 Expl. Mitgliedsausweise.

● **Leitfaden zur Mitgliederwerbung**

Bestell-Nr.: 6591

Mindestbestellmenge: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 16,— DM

● **Jugend im geeinten Deutschland**

Bestell-Nr.: 4590

Mindestbestellmenge: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 12,— DM

● **Frauen im geeinten Deutschland**

Bestell-Nr.: 4602

Mindestbestellmenge: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 12,— DM

● **Die Bedeutung der Senioren für die CDU**

Bestell-Nr.: 4589

Mindestbestellmenge: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 12,— DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Bestellun-  
gen an:

IS-Versand-  
zentrum

Postfach  
1164

33759  
Versmold

Telex  
941713  
ditor d

Telefax  
(054 23)  
41521



**Schnupperfaltkarte mit individueller  
Eindruckmöglichkeit und Schnupperausweis**

**JA**, ich will  
»Schnupper-Mitglied« werden.

**JA**, ich will  
gleich **CDU-Mitglied** werden.

Vorname / Name \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ / Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon \_\_\_\_\_ Alter \_\_\_\_\_  
 Unterschrift \_\_\_\_\_

**Unser Angebot:**

**Werden Sie  
»Schnupper-Mitglied«**

- X** 6 Monate - zeitlich be-  
grenzt, beitragsfrei und  
ohne weitergehende Verpflich-  
tung.
- X** Sie erhalten alle Informatio-  
nen und Einladungen - wie  
ein CDU-Mitglied.
- X** Auf allen Veranstaltungen  
haben Sie Rederecht, Vor-  
schlagsrecht und Mitwirkungs-  
recht (kein Wahlrecht).



**Schnuppern  
Sie mal  
bei uns ...**

**CDU**

**MITGLIEDERWERBUNG**

**Leitfaden**

**Teil 1:  
Zielgruppenansprache**

**Teil 2:  
Aus Gästen werden Mitglieder**



**»Schnupper-  
Mitglied«**

Nr. \_\_\_\_\_ Gültig bis: \_\_\_\_\_  
 LV \_\_\_\_\_ KV \_\_\_\_\_  
 Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Geb.: \_\_\_\_\_

**»Schnupper-Mitglied«**

Bestellungen bitte an:  
**CDU-Bundesgeschäftsstelle**  
**Abt. Öffentlichkeitsarbeit**  
**Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn**  
**Tel. (02 28) 544-375 oder 282**  
**Fax (02 28) 544-4 11**



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

# Schnuppern Sie mal bei uns ...

# CDU



**Unser Angebot: Werden Sie »Schnupper-Mitglied«**

- X** 6 Monate - zeitlich begrenzt, beitragsfrei und ohne weitergehende Verpflichtung.
- X** Sie erhalten alle Informationen und Einladungen - wie ein CDU-Mitglied.
- X** Auf allen Veranstaltungen haben Sie Rederecht, Vorschlagsrecht und Mitwirkungsrecht (kein Wahlrecht).

Ihr Ansprechpartner:

Diese Wandzeitung dient zur Unterstützung der Schnupper-Mitgliederaktion und kann bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle bezogen werden.

# UID

25/1993

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 37010050). Abonnementpreis jährlich 52,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.